

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

# DIE ERNEUERUNG DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI

Interne Demokratie und Mobilisierung  
der Aktivist\*innen

**Arthur Delaporte**  
März 2022



Die seit 30 Jahren rückläufige Mitgliederzahl in der Parti Socialiste (PS) verweist auf eine allgemeine Krise des Aktivismus in Frankreich, und besonders die des Engagements innerhalb der PS selbst.



Sie hat deshalb interne Reformen mit dem Ziel eingeleitet, wieder attraktiv zu werden, neue Mitglieder zu gewinnen und die Parteiorganisation zu öffnen.



Insbesondere möchte die PS ihr Image bei jungen Menschen durch mehr digitale Kommunikation und stärkere Präsenz in den sozialen Netzwerken verbessern.

# DIE ERNEUERUNG DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI

## Interne Demokratie und Mobilisierung der Aktivist\*innen



Die seit 30 Jahren rückläufige Mitgliederzahl in der Parti Socialiste (PS) weist auf eine allgemeine Krise des Aktivismus in Frankreich, und besonders die des Engagements innerhalb der PS selbst. Zählte die Partei 2015 eigenen Angaben zufolge noch 100 000 Mitglieder, wird die Zahl der Beitrag zahlenden Mitglieder gegenwärtig auf weniger als 30 000 geschätzt.



Wie die meisten politischen Parteien in Frankreich muss auch die PS beständig darum kämpfen, dass das Engagement der Mitglieder nicht abflaut. Sie hat deshalb interne Reformen mit dem Ziel eingeleitet, wieder attraktiv zu werden, neue Mitglieder zu gewinnen und die Parteiorganisation zu öffnen. Wurde die Notwendigkeit einer Öffnung schon länger diskutiert, verstärkten die jüngsten Wahlniederlagen und die daraus resultierende Krise der Partei noch deren Dringlichkeit. Paradoxerweise führt dies jedoch gleichzeitig zu neuen Formen der Schließung bzw. des Rückzugs der Partei auf sich selbst.



Insbesondere möchte die PS ihr Image bei jungen Menschen durch mehr digitale Kommunikation und stärkere Präsenz in den sozialen Netzwerken verbessern. War sie in den 2000er-Jahren noch eine Vorreiterin in der Nutzung digitaler Medien fällt es ihr heute schwer, starke digitale Gemeinschaften auf Facebook, Twitter oder Instagram zu schaffen. Sie ist diesbezüglich gegenüber neuartiger Parteien wie La République en Marche und La France insoumise zurückgefallen.

Plus de détails sous ce lien:

[www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

# DIE ERNEUERUNG DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI

Interne Demokratie und Mobilisierung  
der Aktivist\*innen

## EINLEITUNG

Im Jahr 2013 erinnerte der Politologe Rémi Lefebvre daran, dass »der sozialistische Aktivismus nicht mehr das ist, was er nie war«<sup>1</sup>. Er stellte sich damit der These von Jacques Ion entgegen, der 1997 untersucht hatte, wie sich der Aktivismus und die Beweggründe für ein Engagement verändert hatten – von einem »Mitgliedsaktivismus« hin zu einem »freien« oder »Post-it-Aktivismus«, der in einem vorübergehenden Engagement bzw. einem Engagement für bestimmte Themen besteht. Lefebvre betont, dass der Wandel so radikal nicht sei: Die Idealvorstellung von einem starken, konstanten Engagement innerhalb der Sozialistischen Partei (*Parti socialiste* – PS) müsse man relativieren.

Die seit 30 Jahren rückläufige Mitgliederzahl in der PS weist jedoch auf eine allgemeine Krise des Aktivismus in Frankreich, und besonders die des Engagements innerhalb der PS. Die Zahl der tatsächlichen Mitglieder – das heißt derjenigen, die im Jahr 2021 ihren Beitrag bezahlt haben – wird gegenwärtig auf weniger als 30 000 geschätzt. 2015 zählte die Partei eigenen Angaben zufolge noch 100 000 Mitglieder (und mehr als 60 000 Teilnehmende an den Abstimmungen beim Parteikongress in Poitiers).

Bei der Analyse dieses Rückgangs müssen die Herausforderungen berücksichtigt werden, vor denen die PS derzeit steht. Sie ist mit einem Schwund der Wählerstimmen und einem Wandel ihres Images in der französischen Gesellschaft konfrontiert: Die PS gilt nicht mehr als eine der wichtigsten Parteien des Landes. Zudem bekommt sie auch durch andere politische Formationen, insbesondere aus dem linken Spektrum, Konkurrenz, bleibt hier gemessen an der Zahl der Beitrag zahlenden Mitglieder jedoch die größte Partei. Obwohl die Zahl der Mitglieder zurückgegangen ist, sind sie immer noch präsent, wobei auch nicht vergessen werden darf, dass die Mitgliederzahlen der politischen Parteien allgemein rückläufig sind. Die Mitglieder sorgen weiterhin für die Verankerung der PS in der Gesellschaft, ebenso wie die Kommunalpolitiker\*innen helfen eine Struktur auf subnationaler Ebene aufrechtzuerhalten; dagegen bereitet die stark geschwächte Anhängerzahl ernste Sorgen.

Im Folgenden wollen wir die Schwächung der PS analysieren, aber auch die Versuche der Partei, neue Organisationsformen einzuführen, die in einem Umfeld, in dem Parteien, die aus einer Bewegung heraus entstanden sind und durchaus erwähnenswerte Wahlerfolge erzielen, wie *La République en Marche* (LREM) oder *La France insoumise* (LFI), der »Öffnung« der Partei dienen sollen.

## KONSEQUENZ DER WAHLNIEDERLAGEN: EINE BESCHLEUNIGUNG DES MITGLIEDERSCHWUNDS

Die Krise des sozialistischen Aktivismus, die bereits vor den 2010er-Jahren begann, wird seit acht Jahren durch mehrere schwere Wahlniederlagen verstärkt. Rémi Lefebvre und Frédéric Sawicki<sup>2</sup> haben deutlich gezeigt, dass die PS aus einem Kern gewählter Politiker\*innen hervorgegangen ist, die Scharen von Aktivist\*innen mobilisierten. Der Rückgang der gewählten Amtsträger, dem ein Schwund der »Anhängerschaft« vorausgegangen war,<sup>3</sup> ist insbesondere seit den Kommunalwahlen 2014 und dem Verlust lokaler sozialistischer Hochburgen zu beobachten gewesen und gipfelte in der verheerenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 2017 (mit einem Ergebnis von nur 6,36 % für den PS-Kandidaten Benoît Hamon). Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen fiel die PS von 295 auf 31 gewählte Abgeordnete zurück. Die Demobilisation der Mitglieder wurde durch Wechsel in das Lager Emmanuel Macrons oder zu *Génération.s*, einer nach den Wahlen von Benoît Hamon neu gegründeten Bewegung, noch verstärkt. Die Zahl derjenigen, die zu einer anderen Partei wechselten, hält sich allerdings in Grenzen: Schätzungen gehen von weniger als fünf Prozent aus.<sup>4</sup> Die meisten Parteimitglieder treten vielmehr »stillschweigend« aus. Diese Demobilisierung wurde durch eine relativ gleichbleibende Situation auf kommunaler und regionaler Ebene seit 2017 jedoch teilweise abgemildert (Kommunalwahlen 2020, Départements- und Regionalwahlen 2021).

1 Lefebvre, Rémi (2013): »Le militantisme socialiste n'est plus ce qu'il n'a jamais été. Modèle de l'engagement distancié et transformations du militantisme au Parti socialiste«, in: *Politix* 102 (2), S. 7–33.

2 Vgl. Sawicki, Frédéric / Lefebvre, Rémi (2006): *La société des socialistes: le PS aujourd'hui*, Bellecombe-en-Bauges, Editions du Croquant.  
3 Vgl. Sawicki, Frédéric (1997): *Les réseaux du Parti socialiste: sociologie d'un milieu partisan*, Paris, Belin.  
4 Vgl. Delaporte, Arthur (2018): »Partir un jour ou rester au Parti socialiste, les adhérent-e-s du PS dans le Cher«, in: Gaxie, Daniel / Pelletier, Willy (Hrsg.): *Que faire des partis politiques?*, Ed. du Croquant, S. 159–177.

Da sozialistische Politiker\*innen auf kommunaler Ebene im Amt blieben, blieb auch eine Basis an Mitgliedern erhalten, obwohl diese zunehmend älter werden und in der Zahl rückläufig sind. Es handelt sich um 20 000 bis 30 000 Mitglieder, die sich während der jüngsten internen Abstimmungen Ende 2021 mobilisierten und um einen »harten Kern« aus Aktivist\*innen herum gruppieren (während die Zahl der mindestens einmal in den drei vergangenen Jahren Beitrag zahlenden »aktiven« Mitglieder bei rund 50 000 liegt). Seit 2017 gewinnt die PS darüber hinaus jedes Jahr eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder hinzu, die jedoch die Zahl derjenigen, die ihren Beitrag nicht weiterzahlen, nicht ausgleichen können.

Wie die meisten politischen Parteien in Frankreich muss auch die PS ständig darum kämpfen, dass das Engagement der Mitglieder im Laufe der Zeit nicht abflaut; etwa jedes zweite Mitglied zahlt seinen Beitrag im zweiten Jahr nicht weiter. Dies zeigt die Probleme, vor der alle Parteien angesichts der neuen Form des »freien« Aktivismus stehen. Ihr Ziel lautet daher, (wieder) attraktiv zu werden, neue Mitglieder zu gewinnen und Austritte zu begrenzen – besonders nach dem ersten Jahr der Mitgliedschaft. Angesichts dieser Herausforderungen – und des »Elends mit Mitgliedern«, von dem Rémi Lefebvre und Frédéric Sawicki sprechen<sup>5</sup> –, die bereits in den 2000er-Jahren zu verzeichnen waren, hat die PS interne Reformen eingeleitet, um ihre Mitgliederbasis auszubauen und die Parteiorganisation zu öffnen. Diese Reformen konnten dem Rückgang der Mitgliederzahl zwar keinen Einhalt gebieten, sind aber symptomatisch für die nicht unberechtigte Überzeugung, dass die Formen des parteipolitischen Engagements eine Rolle für die Attraktivität einer Partei spielen.

## INTERNE DEMOKRATIE UND PRÄSIDENTIALISIERUNG: ZWISCHEN KONTINUITÄT UND REFORMVERSUCHEN

In Bezug auf die internen Verfahren, die Entscheidungsfindung und die Ernennung der Parteispitze hat die PS bisher keine wesentlichen Reformen durchgeführt. Seit dem Kongress von Epinay im Jahr 1971 lautet ihre Grundregel, dass die Führungsgremien nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden. Ausschlaggebend sind hierbei die beim Parteikongress in der Abstimmung über die verschiedenen Tendenzen, seit 2018 als »Orientierungstexte« bezeichnet, abgegebenen Stimmen. Diese Regel gilt sowohl auf lokaler als auch regionaler Ebene, um die Führungsgremien der Ortsverbände oder der Départements zu bestimmen, aber auch auf nationaler Ebene zur Wahl von zwei Dritteln der Mitglieder des Conseil National (das »Parlament« der Partei, das etwa alle zwei Monate zusammentritt) sowie der Mitglieder des Vorstands (Leitungsorgan der Partei, das im Allgemeinen alle zwei Wochen tagt). Die Mitglieder der Exekutivorgane auf Département- und nationaler Ebene werden dagegen vom *Premier secrétaire fédéral* (Partei-

vorsitzender auf Ebene eines Départements) oder *Premier secrétaire national* (Parteivorsitzender auf nationaler Ebene) ernannt. Diese »Präsidentialisierung«<sup>6</sup> der Partei blieb für die interne Funktionsweise nicht ohne Folgen: Die Ideologien der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei wurden entwertet und es entstanden Teams, die hinter den einzelnen Kandidat\*innen stehen. Der Einfluss von Minderheitengruppen/-fraktionen innerhalb der Partei nahm hingegen ab, sodass sich die Entscheidungen immer stärker in den Händen des Parteivorsitzenden und seines Kabinetts konzentrierten.<sup>7</sup> Strategische Entscheidungen dieses Kabinetts, das im Parteiapparat immer mächtiger wird, werden nicht von den Führungsgremien der Partei, sondern vom Parteivorsitzenden selbst abgesehnet.

Zwar hat sich die Entscheidungsfindung in der Partei zunehmend konzentriert, die Ernennung der Kandidierenden für die verschiedenen Wahlen erfolgt jedoch weiterhin dezentral. Dazu finden Abstimmungen statt, an denen nur die Beitrag zahlenden Mitglieder teilnehmen können; diese Abstimmungen folgen im Allgemeinen den Regeln für die entsprechende Wahl: Die Spitzenkandidat\*innen werden im Rahmen einer Mehrheitswahl mit zwei Wahlgängen bestimmt, an der sich die wahlberechtigten Mitglieder beteiligen; um die restlichen Wahlkandidierenden zu bestimmen, wird die komplette Liste der Vertreter\*innen der PS gewählt.

In der Praxis handelt es sich bei diesen Abstimmungen nicht immer um echte Wettbewerbe, obwohl sie ausdrücklich demokratisch organisiert sind: Die potenziellen parteiinternen Kandidierenden sind sich der Machtverhältnisse bewusst und wissen meist, wann sie eine interne Abstimmung gewinnen können. Zudem können Kandidaturen durch Druck der »Parteibarone« zustande kommen, geschützt oder verhindert werden. Überraschungen sind zwar möglich, aber insgesamt herrscht ein relativ großer Konsens bezüglich dieser formellen Demokratie der Aktivist\*innen. Auf nationaler Ebene (Wahlausschuss und Parteivorstand) kann mitunter ein Veto gegen die Entscheidungen der lokalen Ebene eingelegt werden, um einen anderen Kandidierenden einzusetzen, z. B. in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnenden wie bei den Kommunalwahlen 2020 oder bei Kandidierenden für die Parlamentswahlen. Dies geschieht jedoch äußerst selten.

Darüber hinaus organisiert die Partei auch Befragungen ihrer Aktivist\*innen in Form eines Referendums oder einer Abstimmung auf nationaler Ebene – allerdings unregelmäßig und immer seltener. Im Jahr 2010 ging es beispielsweise um die Bestätigung der neuen Satzung in Form von Auswahlfragen (Multiple Choice), 2017 wurde über die Modalitäten des zukünftigen Kongresses abgestimmt und 2021

<sup>5</sup> Sawicki / Lefebvre (2006).

<sup>6</sup> Barboni, Thierry (2008): *Les changements d'une organisation. Le Parti socialiste, entre configuration partisane et cartellisation (1971–2007)*, Doktorarbeit der Politikwissenschaft unter Leitung von Jean-Claude Colliard, Université Paris I.

<sup>7</sup> Vgl. Bachelot, Carole (2008): *Groupions-nous et demain. Sociologie des dirigeants du Parti socialiste depuis 1993*, Doktorarbeit der Politikwissenschaft unter Leitung von Marc Lazar, Institut d'études politiques de Paris.

über das Parteiprojekt. Im Allgemeinen ist die Beteiligung an Abstimmungen dieser Art jedoch relativ gering (weniger als 50 %) und niedriger als bei den Kongressen zur Erneuerung der Parteispitze oder den Abstimmungen über die Spitzenkandidat\*innen.

Die wichtigste demokratische Innovation der PS betrifft die Ernennung der/des Kandidat\*in für die Präsidentschaftswahl, insbesondere vor dem Hintergrund der Zunahme offener Vorwahlen in den Parteien der westlichen Länder. Nachdem 1995 eine den Mitgliedern vorbehaltene Vorwahl eingeführt worden war, wurde der Prozeß im Jahr 2006 durch die Senkung des Mitgliedsbeitrags auf 20 Euro weiter geöffnet. Diese Senkung des Mitgliedsbeitrags für das erste Jahr führte zum Beitritt zahlreicher Anhänger\*innen von Ségolène Royal, die in den Meinungsumfragen führte. Die Mitgliederzahl der Partei verdoppelte sich so. Ungefähr die Hälfte dieser neu beigetretenen Mitglieder blieben; die andere Hälfte zahlte ihren Beitrag jedoch nach der Abstimmung nicht weiter. Dieser erste Schritt zu einer Öffnung wurde im Jahr 2011 durch die sogenannten »offenen« Vorwahlen ausgeweitet: 2,8 Millionen Wählende nahmen am zweiten Wahlgang teil, um die/den Kandidat\*in der PS für die Präsidentschaftswahl 2012 zu bestimmen. Nachdem der siegreiche Kandidat François Hollande dann auch die folgenden Präsidentschaftswahlen gewann, wurde in dieser als »demokratische Revolution«<sup>8</sup> apostrophierten Art der Kandidatennominierung ein Schlüssel zum Erfolg gesehen. Die schwere Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 2017 – trotz der Teilnahme von mehr als zwei Millionen Wählenden an der Vorwahl – stellte dieses Erfolgsrezept jedoch wieder infrage. Der Verrat, der einigen Verlierer\*innen vorgeworfen wird (insbesondere dem ehemaligen Ministerpräsidenten Manuel Valls), sowie die Schwäche der Parteiorganisation, die nicht mehr in der Lage war, die sehr kostspielige Abstimmung im ganzen Land durchzuführen, führte letztlich dazu, dass beim Kongress in Villeurbanne 2021 die Durchführung einer offenen Vorwahl für die Präsidentschaftswahl 2022 abgeschafft wurde. Stattdessen wurde im Rahmen einer internen Vorwahl, bei der nur zwei Kandidierende zur Auswahl standen, die Bürgermeisterin von Paris Anne Hidalgo zu Präsidentschaftskandidatin bestimmt.

Dieser Ausschluss der allgemeinen Wählerschaft (»Selektorat«) wurde von den meisten Aktivist\*innen akzeptiert und zeigt das ambivalente Verhältnis der Sozialist\*innen zur Vorwahl. Die Tatsache, dass die Parteimitglieder nicht mehr allein über die Spitzenkandidat\*innen entscheiden durften, wurde als Zeichen der Öffnung betrachtet, offenbarte aber gleichzeitig die zunehmende Präsidentialisierung der Partei. Seitdem haben sich die politischen Rahmenbedingungen jedoch verändert und die PS sieht sich – wie auch andere Parteien – einem Dilemma gegenüber: Die Rückverlagerung des Auswahlverfahrens für die Präsidentschaftskandidatur liegt nun wieder allein bei der Partei. Dadurch fehlt jedoch auch ein Kommunikations- und Einflusskanal. Auf der an-

deren Seite wird das Ethos der Parteiaktivist\*innen dadurch gestärkt. Kann die »Entpräsidentialisierung« der PS infolge ihres Rückzugs auf ihre lokalen Strukturen aber auch mit einer Erneuerung des Aktivismus einhergehen?

## NEUORGANISATION DES BEITRITSVERFAHRENS: SCHWIERIGE UMSETZUNG UND NOTWENDIGE DIGITALISIERUNG

Die »Schließung« der Partei nach außen im Zuge der Wahlniederlage von 2017, die an der Abschaffung der offenen Vorwahlen deutlich wird, bedeutet aber keine Aufgabe des »Öffnungsprojektes« an sich. Im Dezember 2014 versprach der damalige Parteivorsitzende Jean-Christophe Cambadélis immer noch eine Massenpartei mit 500 000 Mitgliedern, als die PS gerade noch 100 000 Mitglieder zählte, sowie eine »Öffnung von Türen und Fenstern«, die gleich einer Beschwörungsformel bei jedem Kongress erwähnt wurde. Seit der Satzungsreform beim Kongress in Poitiers 2015 brauchen neue Mitglieder sich nun nicht mehr persönlich in der Ortsgruppe vorzustellen. Zudem besteht die Möglichkeit einer »thematischen Mitgliedschaft«, d. h. Sympathisierende zahlen einen ermäßigten Parteibeitrag und können dadurch an den internen Debatten und Abstimmungen zu einem bestimmten Thema (z. B. Ökologie oder Sozialpolitik) teilnehmen. Diese Art der Mitgliedschaft wurde jedoch nie wirklich eingeführt, da es zum einen an der nötigen politischen Begleitung mangelte und zum anderen technische Schwierigkeiten bei der Einführung der neuen Online-Plattform BLUM (*Base logicielle unique militante*)<sup>9</sup> bestanden, die den Mitgliedern und Sympathisierenden offenstehen sollte. Über diese Plattform sollte jedes Mitglied die Möglichkeit erhalten, sein persönliches Profil zu verwalten, gemeinsame Aktionen zu organisieren sowie ein internes soziales Netzwerk zu nutzen. Letztlich wurde nur die Funktion zur Mitgliederverwaltung aktiviert, die den ständigen Mitarbeiter\*innen und Angestellten zur Verwaltung der Beiträge, Adressen usw. dient. Der für die »breite Öffentlichkeit« bestimmte Teil von BLUM wurde dagegen zugunsten einer neuen Plattform aufgegeben, die sich auf das Tool »Nation Builder« stützt, eine technische Infrastruktur für die politische Moderation der Partei auf nationaler Ebene seit 2019.

Dank der von »Nation Builder« ermöglichten Zentralisierung der Datenbanken konnte das Ziel, die Partei einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, mit der Website *La Ruche socialiste* (Der sozialistische Bienenstock), einem Tool zur Organisation von offenen Befragungen außerhalb der Partei sowie zur Verwaltung der Kommunikation und des Austauschs mit Mitgliedern und Sympathisierenden, konkret umgesetzt werden. Der Zugang und die Möglichkeit zur Meinungsäußerung zu allen Themen waren auf dieser Webseite zwar kostenlos, ebenso wie die Teilnahme an spezifischen konsultativen Abstimmungen; die Teilnahme an

<sup>8</sup> Ferrand, Olivier / Montebourg, Arnaud (2009): *Primaire, comment sauver la gauche?*, Paris, Le Seuil.

<sup>9</sup> BLUM ersetzte die erste zentralisierte Datensammlung, ROSAM (*Répertoire open source des adhérents et militants*), die im Jahr 2005 in Betrieb genommen worden war.

Abstimmungen über Kandidaturen (z. B. über die Präsidentschaftskandidat\*innen) blieb den nicht beitragszahlenden Sympathisanten jedoch verwehrt.

Bei den Kongressen nach der Präsidentschaftswahl 2017 – Aubervilliers im Jahr 2018 und Villeurbanne 2021 – plädierten die verschiedenen Orientierungstexte weiterhin eine »Öffnung« sowie eine gegenüber den Gruppen der Sympathisierenden aufgeschlossenerer Partei. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Versprechen sind teilweise darauf zurückzuführen, dass ein Mitglied, welches mitunter mehrere Hundert Euro Mitgliedsbeitrag zahlt, mehr Rechte haben müsste als die im Zuge der Öffnung beteiligten Sympathisierenden. Ebenso müssten Sympathisierende, die sich stark engagieren, bestimmte Rechte erhalten, wie die oben erwähnte Möglichkeit zur Meinungsäußerung zu bestimmten Programmpunkten. Die thematische Mitgliedschaft wird jedoch immer noch als »Mitgliedschaft zweiten Ranges« betrachtet, insbesondere weil der Erarbeitung der Programme innerhalb der Partei ein geringerer Wert zugeschrieben wird, wie Rafaël Cos darlegt: »Mitglieder und Führungskräfte der Partei interessieren sich weniger für die Erstellung der Programme als für den Wahlkampf.«<sup>10</sup> Für eine weitere Öffnung wären darüber hinaus Satzungsänderungen nötig, die derzeit ausgesetzt sind. Der Versuch einer Satzungsreform im Jahr 2019 wurde durch die Krise der »Gelbwesten« gestoppt und aufgrund der Covid-19-Krise musste der Parteikongress um fast ein Jahr auf 2021 verschoben werden. Des Weiteren wäre eine leistungsstarke technische Plattform nötig (die mit »Nation Builder« mittlerweile vorhanden ist) sowie politische Entschlossenheit auf nationaler Ebene – vor allem aber müssten sich die Aktivist\*innen dieses Thema wirklich zu eigen machen.

Die Entwicklung der Mitgliederzahl hängt darüber hinaus stärker von externen Entwicklungen (Wahlsiege bzw. -niederlagen) als von der internen Organisation und den praktischen Modalitäten einer »Öffnung« ab. Dennoch wirbt die PS weiter mit dieser »Öffnung«, um so wieder mehr neue Mitglieder zu gewinnen – zumindest theoretisch. Auf lokaler Ebene sieht man dies mitunter nämlich anders: In bestimmten Bereichen herrscht in Bezug auf neue Mitgliedschaften eine Art Malthusianismus vor, d. h. neue Mitglieder werden eher als Bedrohung für das politische Gleichgewicht vor Ort gesehen. Die Folgen der rückläufigen Mitgliederzahl, die der »natürlichen Tendenz« im Malthusianismus entspricht, stellen die Partei vor die Herausforderung einer generationellen Erneuerung.

Im Rahmen der Krise von 2017 wanderten die wichtigsten Leitfiguren der jungen Sozialist\*innen – *Mouvement des jeunes socialistes* (MJS) – zur neuen Kleinpartei *Generation.s* ab, die vom ehemaligen PS-Kandidaten Benoît Hamon gegründet worden war. Im Dezember 2020 wurden die Jungsozialist\*innen, die seit 1993 unabhängig waren, wieder in die Partei eingegliedert und formieren sich all-

mählich neu. Diese Krise des MJS ging auch mit einer Krise des Engagements der Aktivist\*innen einher, die besonders die Studierendengewerkschaften betraf. Die politisch linke Studierendengewerkschaft UNEF bot jungen Menschen traditionell Zugang zum politischen Aktivismus; der starke Rückgang der Studierenden, die einer Gewerkschaft angehören, sowie die geänderte Ausrichtung dieser Gewerkschaften, die sich politisch immer mehr radikalieren, haben jedoch dazu geführt, dass diese Quelle neuer Aktivist\*innen für die PS praktisch versiegt ist.

Die PS möchte daher ihr Image bei jungen Menschen erneuern. Digitale Kommunikation und insbesondere die Präsenz in den sozialen Netzwerken stellen jedoch große Herausforderungen dar, da andere Parteien, allen voran *La France insoumise*, hier bereits gut aufgestellt sind und sich frühzeitig in den neuen sozialen Medien etabliert haben. Der PS, die in den 2000er-Jahren noch zu den Vorreitern zählte, da sie in der »Blogosphäre« vertreten war und über ihr eigenes internes soziales Netzwerk (*Coopol*) verfügte,<sup>11</sup> fällt es heute schwer, starke digitale Gemeinschaften auf Facebook, Twitter oder Instagram zu schaffen; auf TikTok und Twitch ist sie so gut wie gar nicht vertreten. Der Versuch, anlässlich der Europawahlen 2019 einen eigenen Twitch-Kanal für die PS, *Rose combat*, ins Leben zu rufen, schlug fehl. Die PS ist also nicht nur mit der Erneuerung ihrer Organisationsstruktur konfrontiert, sondern auch in Bezug auf die Erneuerung und die »Massifizierung« ihrer Online-Präsenz in den sozialen Netzwerken. Parteipolitische Kommunikation läuft – bis auf wenige Ausnahmen (einige Videos auf Facebook) – nicht besonders viral. Die Seriosität und der institutionelle Charakter der Kommunikation einer Partei, die immer noch als »Regierungspartei« auftritt, spielen hier eine große Rolle, ebenso wie das alternde Image der PS, das durch die negative Bilanz der Legislaturperiode 2012–2017 noch verstärkt wird. Angesichts des Aufstiegs neuartiger Parteien wie *La République en Marche* und *La France insoumise* ist dies der Dynamik der Kommunikation trotz ernsthafter Bemühungen nicht zuträglich.

<sup>10</sup> Cos, Rafaël (2019): *Les programmes du Parti socialiste. Sociologie politique d'une entreprise programmatique (1995–2012)*, Dalloz.

<sup>11</sup> Vgl. Anaïs, Théviot (2012): « Militer tout en critiquant publiquement son parti : le cas du réseau social socialiste, la Coopol », in: *Cahiers du Centre Emile Durkheim*, Nr. 12 (November), S. 1–44.

## SCHLUSSFOLGERUNG

Die Notwendigkeit einer Öffnung wurde in der PS schon seit Langem diskutiert und durch die jüngsten Wahlniederlagen und die daraus resultierende Krise der Partei weiter befeuert. Paradoxerweise führt dies gleichzeitig zu Formen der Schließung bzw. des Rückzugs der Partei auf sich selbst: Die »Verbleibenden«, der harte Kern der treuen Aktivist\*innen, möchten bestimmte Rechte behalten, insbesondere das Recht, über die Kandidierenden zu entscheiden.

Die Kampagne für die Präsidentschaftswahl 2022 ist für die PS eine Gelegenheit, neue Arten der Kommunikation zu testen, um ein breiteres Publikum anzusprechen: die Ausstrahlung von Live-Beiträgen auf Youtube und Facebook, Online-Befragungen für eine gemeinsame Erarbeitung des Projekts etc. Diese finden bei den Adressaten bisher allerdings nur wenig Anklang. Die Kampagne zur Präsidentschaftswahl ermöglicht es darüber hinaus, ebenso wie die Kampagnen zu lokalen Wahlen, neue Sympathisierende zu werben, die sich entweder auf lokaler Ebene oder im Internet an die Partei wenden: Bei ihnen handelt es sich um potenzielle neue Mitglieder.

Vielleicht wird es nach der Präsidentschaftswahl 2022 zu einer generationellen Erneuerung der Parteispitze und damit zu Innovationen kommen, da die neuen Generationen mit den sozialen Netzwerken besser vertraut sind als die Generation, welche die PS bisher vertritt. Liegen also die künftigen Möglichkeiten der Parteien – insbesondere der PS –, neue Mitglieder zu gewinnen, im Internet, wo während der Legislaturperiode von Macron die wichtigsten sozialen Bewegungen – von den Gelbwesten über die Impfgegner\*innen (*Antivax*) bis hin zu den Anhänger\*innen von Éric Zemmour – entstanden, oder sind die politischen Gemeinschaften ein für alle Mal dazu verurteilt, zuzusehen, wie ihre alternde Basis weiter schrumpft? Die Präsidentschaftswahl 2022 dürfte erste Erkenntnisse für eine Antwort auf diese Frage liefern.

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Tiberj, Vincent

**Rechtswende in Frankreich**

Gibt es sie wirklich?  
(Frankreich vor den Wahlen 2022)  
Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie

**Müde Gesellschaft**

Ein psychisches und politisches Porträt  
(Frankreich vor den Wahlen 2022)  
Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

**Europäische Souveränität: Kommentar zu den Ergebnissen der Umfrage in Frankreich**

Berlin, 2022

**Europäische Souveränität**

Analysen zu einer Umfrage  
Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique

**Gewerkschaften und sozialer Dialog**

Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie  
Paris, Juni 2021

Maaß, Gero

**Rolle vorwärts nach Corona**

Können die europäischen Wiederaufbauprogramme in eine Fortschrittskultur münden?  
Paris, 2021

Kollektiv OPD2020

**Deliberative Demokratie und Ökologie**

Eine Bestandsaufnahme des französischen Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz  
Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin

**Gewerkschaftsmonitor Frankreich**

Paris, März 2021

Caroline Roussy

**Frankreich im Sahel**

Warten auf die Europäische Union?  
Paris, März 2021

Nicolas Leron

**Regionale Ungleichheit in Frankreich**

Debatten und politische Empfehlungen  
Paris, Januar 2021

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

**Frankreichs Recovery-Strategie**

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

**Deutschlands Recovery-Strategie**

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

**Home Office in Frankreich**

Erfahrungen während der Pandemie  
Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves

**Die Profiteure der Angst? Frankreich**

Paris, November 2020

Simon, Edouard

**Die deutsch-französischen Beziehungen**

Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten  
Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles

**Sozial-ökologischer Block in Frankreich**

Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl  
Paris, Oktober 2020

Maulny, Jean-Pierre

**Nach dem Brexit**

Europäische Sicherheitspolitik aus französischer Perspektive  
Paris, September 2020

Morin, Chloé; Perron, Daniel

**Für einen neuen Blick auf das Älterwerden**

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise in Frankreich  
Paris, August 2020

## ÜBER DEN AUTOR

**Arthur Delaporte** ist Politikwissenschaftler und Forscher an der Universität Paris I-Panthéon-Sorbonne und am europäischen Institut für Sozial- und Politikwissenschaft (CESSP). Er ist Vorstandsmitglied der Parti Socialiste.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

## IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris  
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

[www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

Kontakt:

[fes@fesparis.org](mailto:fes@fesparis.org)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

